

Von Werner Reisinger

Wien. Dass im Bereich Pflege in unmittelbarer Zukunft ein gravierender Personalnotstand droht, davor warnen NGOs wie Volkshilfe, Diakonie und Caritas schon seit langem. Nun schlägt aber auch der Bereich Kinder- und Jugendpflege Alarm. Der österreichweit tätige Verein KiB children care, die Österreichische Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde (ÖGKJ) sowie der Berufsverband Kinderkrankenpflege (BKKÖ) warnen gemeinsam, dass die Versorgungsqualität im besonders sensiblen Bereich der Kinder- und Jugendpflege bald nicht mehr gegeben sein werde.

Der Grund: Bereits im Juni 2017 wurden, im Rahmen des Strukturplans Gesundheit (ÖSG), den Krankenhäusern auf Kinder spezialisierte Pflegekräfte gestrichen. „Es gibt keinen einzigen Fachbereich mehr, in dem die Spezialisierung „Kinder- und Jugendlichenpflege“ vorgeschrieben ist, beklagt Renate Harringer, Geschäftsführerin von KiB children care. Durchschnittlich 105 angehende Pfleger haben in den letzten vier Jahren die Grundausbildung in der Kinder- und Jugendpflege absolviert, 90 davon haben die Sonderausbildung abgeschlossen. Nach 2017, sagt Harringer, gibt es nun keine Grundausbildung mehr, auch die Ausbildungsplätze für die Sonderausbildung seien nicht erhöht worden.

Zu wenig Kassen-Kinderärzte

Es sei zu erwarten, dass künftig nur mehr 50 Prozent der Absolventen der vergangenen Jahre den Weg in den Arbeitsmarkt finden werden. Die NGOs und der Berufsverband der Kinderpfleger fordern die Regierung nun auf, die bereits in den 80er-Jahren unterzeichnete EACH-Charter (European Association for Children in Hospital) auch in Österreich umzusetzen. Diese verlangt, dass bestmögliche Behandlung von Kindern und Jugendlichen im Krankenhaus ein fundamentales Recht derselben wird.

Ein Notstand bei der Pflege im stationären Bereich ist dabei nur ein Aspekt einer drohenden Verschlechterung der gesundheitlichen Betreuungssituation für Kin-

Kinder im Spital sind wohl besonders auf sensibles und fachlich qualifiziertes Pflegepersonal angewiesen. Doch dieses könnte bald fehlen.

Foto: poomsak/stock.adobe.com



Auch Kindern droht Pflegenotstand

Der Strukturplan Gesundheit 2017 streicht Kinder- und Jugendpflegerinnen im Spitalsbereich. Auch Kindermedizin ist vom Wahlarzt-Trend betroffen. Jetzt macht die Opposition Druck.

der und Jugendliche. Auch bei niedergelassenen Kinderärzten herrscht laut KiB children care, ÖGKJ und BKKÖ akuter Personal-mangel.

Aufgrund des Arbeitszeitgesetzes würden zahlreiche Kinderärzte in Wahlarztpraxen drängen, wo sie ihre Anwesenheitszeiten frei gestalten können, sagt Reinhold Kerbl, Universitätsprofessor für Kinder- und Jugendheilkunde und ÖGKJ-Generalsekretär. Es werde für viele Familien daher immer schwieriger, Kinderärzte auf Krankenschein zu finden. Die Kosten für die Wahlärzte seien zudem durchaus erheblich. „Gerade am Land bleiben österreichweit

viele Stellen unbesetzt – in der Obersteiermark sind es zwei von neun Stellen“, betont der Kindermediziner. Daniela Holzinger-Vogtenhuber von der Liste Jetzt sieht im Bereich Pflege die ehemalige Gesundheitsministerin und jetzige SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner in der Verantwortung.

Pflege-Datenbank gefordert

Das Auflösen des eigenen Ausbildungsganges gehe auf Rendi-Wagners Konto, so Holzinger-Vogtenhuber gegenüber der „Wiener Zeitung“. „Nur noch eine einjährige Zusatzausbildung anzubieten, ist fachlich zu wenig.“ Holzinger-Vogtenhuber fordert, die dreijäh-

rige Ausbildung zur Kinder- und Jugendpflegerin wieder in den Ausbildungsplan aufzunehmen. Im Gesundheitsausschuss am Dienstag will die Jetzt-Abgeordnete zudem zwei Entschließungsanträge einbringen: Zum einen soll eine breit angelegte Studie zur Erhebung des tatsächlichen Pflegebedarfs in Österreich Überblick über die notwendigen Schritte liefern. Zum anderen fordert Holzinger-Vogtenhuber die Einrichtung einer öffentlich zugängigen Datenbank zum Thema Pflege. Diese soll „aktualisiert sämtliche Daten, Fakten und Studien zur Pflegesituation“ und der demografischen Entwicklung zur Verfügung stel-

len. Vorliegende Statistiken würden naturgemäß keine seriösen Prognosen über den erwartbaren tatsächlichen Pflegebedarf liefern.

Kritisch zur Situation bei den niedergelassenen Kassenärzten äußert sich auch Neos-Sozialsprecher Gerald Loacker. Bereits im Sommer habe man darauf hingewiesen, dass Kassen-Leistungen zunehmend in den Wahlarzt-Bereich ausgelagert werden. „Diese Maßnahme hilft den Kassen beim Sparen“, so Loacker.

FPÖ-Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein war am Montag zu keiner Stellungnahme zu den Forderungen der NGOs bereit. ■